

## Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"

Am 7. Dezember 1989 forderte der Zentrale Runde Tisch die Auflösung des Stasi-Nachfolgers Amt für Nationale Sicherheit (AfNS). Die Diplomarbeit eines Stasi-Offiziers aus dem Bezirk Schwerin gibt ein Beispiel von der Stimmung in den Regionen während des Kurswechsels der Stasi-Spitze und des Auflösungsprozesses.

Mit der Wahl einer neuen Regierung durch die Volkskammer der DDR am 17. November 1989 wurde das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in das Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umgewandelt. Das Amt verstand nun nicht mehr direkt der SED-Führung, sondern dem Ministerpräsidenten. Dem AfNS unterstellt waren die Bezirks- und Kreisämter, ehemals Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des MfS.

Im Dezember 1989 kam es in der DDR zum Übergang von der Liberalisierung des Regimes zur Doppelherrschaft: Am Zentralen Runden Tisch (und vielen Runden Tischen in den Bezirken) verhandelten nun die Kräfte des alten Regimes mit Vertretern der Bürgerbewegung über die Auflösung der Parteidiktatur. Vor allem der politische Protest auf der Straße richtete sich mehr gegen das bereits abgetretene Regime als gegen das neue Kabinett unter Hans Modrow, aber die Abrechnung mit den früheren Machthabern destabilisierte auch die Übergangsregierung.

Wesentlichen Anteil hatte daran eine Institution, die plötzlich zu Leben erwacht war: die Volkskammer. In ihrer Sitzung am 1. Dezember wurde die "führende Rolle" der SED "mit über großer Mehrheit" (also auch mit den Stimmen der SED-Abgeordneten) aus der Verfassung gestrichen. Für die politische Atmosphäre im Lande aber war noch wichtiger, dass ein Untersuchungsausschuss zu Amtsmissbrauch und Korruption einen ersten Bericht erstattete. Es ging um persönliche Bereicherung der alten Spitzengenossen (Erich Honecker, Günter Mittag, Harry Tisch usw.) und ihrer Familien auf Kosten der Staatskasse. Das wurde zu einem gewaltigen Skandal.

Die Stimmung in den Regionen war noch schlechter als in der Ost-Berliner Zentrale des Amts für Nationale Sicherheit. Als Beispiel dient die Schilderung jener Wochen durch einen Stasi-Offizier aus Hagenow im Bezirk Schwerin. Der Autor, Major Klaus-Peter Künzer, war damals 37 Jahre alt und Referatsleiter in der Kreisdienststelle Hagenow. Seine Arbeit ist eine der letzten Diplomarbeiten, die im Januar 1990 an der (kurz danach aufgelösten) Juristischen Hochschule des Staatssicherheitsdienstes eingereicht wurden. Offenbar ist der Text ein Versuch, sich selbst die aktuelle Entwicklung verständlich zu machen. Er enthält eine lebendige Schilderung davon, wie der Kurswechsel der Ost-Berliner Stasi-Spitze an der Basis aufgenommen wurde.

---

**Signatur:** BArch, MfS, JHS, Nr. 21625, Bl. 1-36

---

### Metadaten

Urheber: AfNS  
Rechte: BStU

Datum: 25.1.1990  
Überlieferungsform: Dokument

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BStU

Hagenow, 25. 1. 1990      000001

Z. Tgb.-Nr. 19190  
1 Exemplar 36 Blatt

D I P L O M A R B E I T

**Thema:** Die Widerspiegelung der Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle bzw. des Kreisamtes für Nationale Sicherheit Hagenow und ihre sicherheitspolitischen sowie sozialen Folgen im Territorium

**Diplomand:** K Ü N Z E R , Klaus-Peter  
PKZ: [REDACTED]  
Major a. D., ehemaliger Referatsleiter KD Hagenow,  
27. Hochschulfernstudienlehrgang, Außenstelle  
Rostock

**Mentor:** H A U G G , Volker  
Major a. D., ehemaliger Stellvertreter des  
Leiters der KD/des KAfNS Hagenow

Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"

		BStU 000002 2
<u>Gliederung</u>		<u>Seite</u>
1.	Einleitung	3
2.	Die Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Führung 1988/89 und deren Ergebnisse, Erkenntnisse und Auswirkungen in der Arbeit der KD/KAfNS Hagenow	6
2.1.	Zur Sicherung ökonomischer Schwerpunkte	9
2.2.	Zur vorbeugenden Verhinderung des Verlassens der DDR	13
2.3.	Zur komplexen Spionageabwehr	19
2.4.	Zur Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen	21
3.	Auswirkungen auf das Netz der inoffiziellen Mitarbeiter	23
4.	Erscheinungen im Vorfeld der Auflösung der KD bzw. des KAfNS Hagenow	25
5.	Sicherheitspolitische Aspekte im Ergebnis der Auflösung des KAfNS im Territorium	30
6.	Erfahrungen der Mitarbeiter im gesellschaftlichen Eingliederungsprozeß	32
7.	Schlußfolgerungen für eine neue Sicherheitspolitik	35

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**1. Einleitung

BStU 3

000003

Auf dem außerordentlichen Parteitag der SED am 8. und 9. 12. 89 wurde im "Bericht zur Diskussion des außerordentlichen Parteitages" von der Redaktionskommission vorgetragen:

Die Delegierten des Sonderparteitages sehen es als ihre Pflicht an, sich im Namen der Partei gegenüber dem Volk aufrichtig dafür zu entschuldigen, daß die ehemalige Führung der SED unser Land in diese existenzgefährdende Krise geführt hat ...

... Wir danken aufrichtig den Bürgern unseres Landes, die die radikale Wende durch ihren mutigen, gewaltlosen Kampf erzwungen und uns damit auch die Chance zur revolutionären Erneuerung unserer Partei gegeben haben ...

(ND vom 11. 12. 89, S. 3)

Was war geschehen?

Am 7. 10. 89 - dem 40. Jahrestag der DDR - und am 8. 10. 89 kam es in Berlin und anderen Großstädten der DDR zu Kundgebungen breiter Bevölkerungsschichten und teilweise schweren Zusammenstößen mit Polizei und Sicherheitskräften, willkürlichen Verhaftungen, Zuführungen und Erniedrigungen. Die Massen forderten mehr Demokratie, persönliche Freiheiten und bessere Lebensbedingungen.

Am 9. 10. 89 demonstrierten in Leipzig ca. 100.000 Bürger für politische Veränderungen. SED-Funktionäre, Kirchenvertreter und prominente Kulturschaffende plädierten für Besonnenheit, Vernunft, Gewaltlosigkeit und Dialogbereitschaft.

Diese Tage im Oktober leiteten für das Volk der DDR einen neuen historischen Abschnitt ein, den Bruch mit der Bevormundung durch einzelne, korrupte und durch Amtsmißbrauch gekennzeichnete Funktionäre aus dem Parteiapparat der SED und dem Staatsapparat der DDR auf Bezirksebene, bis hinein in die Kreise, Städte und Gemeinden.

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BSU  
00004

Spätestens nach dem XI. Parteitag der SED zeichneten sich, wenn auch anfangs überaus zaghafte, erste bedeutungsvolle Widersprüche realistischer Kräfte in den Parteien und entstehenden Bürgerbewegungen zur ehemaligen SED-Führung, als politisches Machtzentrum, ab. Bedingt durch den einsetzenden Demokratisierungsprozeß in der UdSSR, hervorgerufen und mit Leben erfüllt durch die KPdSU, fühlten sich viele Menschen in der DDR in ihrer Mitgestaltung an derartigen revolutionären Prozessen eingeengt. Sie bezogen andere Standpunkte zur fortschrittlichen Menschheitsentwicklung, als dieses stets durch die ehemalige SED-Führung demonstriert wurde. Diese Standpunkte und Programme waren und sind auch heute in der Masse nicht durch antisozialistische Plattformen gekennzeichnet.

Die in der UdSSR begonnenen Demokratisierungsprozesse setzten sich über Polen und Ungarn fort. Ungarn war dann im August '89 ein entscheidender Auslöser für viele DDR-Bürger, die sich in ihrer persönlichen Freiheit eingeengt und nur geringe Entwicklungsmöglichkeiten in der DDR aufgrund der ökonomischen Mängelwirtschaft sahen, die DDR zu verlassen. Es folgten die Besetzungen in Prag und Warschau, die Grenzöffnung in der CSSR, und es gingen täglich Hunderte bis Tausende Menschen der DDR in die "kapitalistische Zukunftslosigkeit".

Am 13. 10. 1989 formulierte das ehemalige Politbüro der SED in einer Erklärung folgende Feststellung:

Mit dem 40. Jahrestag der Gründung der DDR glaubten imperialistische Kräfte den geeigneten Zeitpunkt gefunden zu haben, um mit einer haßerfüllten Kampagne ihrer Massenmedien Zweifel am Sozialismus und seiner Perspektive zu verbreiten.

Das war eine der letzten Fehleinschätzungen der ehemaligen SED-Führung, jedoch eine grundsätzliche.

Am 18. 10. 89 werden die ersten führenden Funktionäre wie Honecker und Mittag abgelöst, weitere folgen in den nächsten Wochen, das inzwischen mehrmals umgebildete Politbüro und das ZK der SED treten zurück.

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BStU  
00005 5

Die Mehrzahl der Mitarbeiter der ehemaligen Kreisdienststelle bzw. des Kreisamtes für Nationale Sicherheit stellte sich in den Tagen nach dem 7./8. 10. 89 oftmals die Frage, wohin wollte uns der ehemalige Minister für Statssicherheit mit seiner Befehlsgewalt führen, wenn in den Fernschreiben eine bevorstehende Konterrevolution, abstrichlose Einsatzbereitschaft und massive Feindangriffe formuliert waren. Wie weit waren wir von einem sinnlosen Bürgerkrieg entfernt?

Trotz aller Bitterkeit, die die Mitarbeiter der KD bzw. des KAfNS Hagenow in den Folgemonaten und auch jetzt noch erfahren mußten, gilt unsere Hochachtung denjenigen, auch bestimmten Kräften aus der ehemaligen SED-Führung, die doch ein Chaos verhindert haben.

In meinen Ausführungen konzentriere ich mich grundsätzlich auf Probleme und Erscheinungen, die sich aus der inneren Lageentwicklung für den Kreis Hagenow ergeben haben und verzichte damit bewußt auf Aktivitäten äußerer Kräfte.

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BSU  
0000066

2. Die Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Führung 1988/89 und deren Ergebnisse, Erkenntnisse und Auswirkungen in der Arbeit der KD/KAfNS Hagenow

Das Ministerium für Staatssicherheit wurde am 8. 2. 1950 mittels Gesetz über die Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit gebildet. Der überaus kurze Gesetzesstext sagt kaum etwas über die Aufgabenstellung und Strukturen dieses Ministeriums aus.

Von seiner Einordnung war es ein Ministeriums im Ministerrat wie jedes andere und somit dem Ministerratsvorsitzenden unterstellt. Als Besonderheit entwickelte sich erst später die engere politische Bindung an das Politbüro der SED durch die Wahl des Ministers für Staatssicherheit, Erich Mielke, als Mitglied des Politbüros. Seit diesem Zeitpunkt war das MfS noch stärker in die politische Zielstellung der SED eingebunden und durch den engen Kontakt Honecker - Mielke immer mehr zum Machtinstrument der Partei geworden. Daraus resultierte auch die allgemeine Praxis, daß die Diensteinheiten des MfS ihre grundsätzliche Aufgabenstellung innerhalb des sozialistischen Staates aus den Beschlüssen der SED ableiteten und nicht aus Ministerratsbeschlüssen.

Der XI. Parteitag der SED stellte den Schutz- und Sicherheitsorganen, und damit auch dem MfS, ohne dieses besonders hervorzuheben, den Klassenauftrag (die Mitarbeiter der KD Hagenow gingen stets davon aus, vorrangig die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten):

"... die sozialistische Ordnung und das friedliche Leben der Bürger gegen jeden Feind zu schützen. Es bleibt ihr Auftrag, die Souveränität, die territoriale Integrität, die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Sicherheit der DDR zu gewährleisten ... Das MfS trägt durch sein entschlossenes und vorbeugendes Handeln dazu bei, die Macht der Arbeiter und Bauern zuverlässig zu schützen. Entscheidende Aufgabe ist es, Überraschungen durch den Gegner auszuschließen und seine subversiven Angriffe gegen die verfassungsmäßigen Grundlagen unseres Staates zu durchkreuzen.

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BStU

000007

In enger Zusammenarbeit mit den Werkträgern erfüllt das sozialistische Staatssicherheitsorgan seine revolutionäre Pflicht."

Dieser von der SED übertragene Klassenauftrag fand seine Modifizierung in vom Minister für Staatssicherheit erlassenen Befehlen und Weisungen, die es galt, entsprechend dem Einzelleiterprinzip, abstrichlos durchzusetzen.

Von besonderer Bedeutung für die Aufgabenrealisierung und Arbeitsorganisation waren dabei für die Kreisdienststellen jeweils die Ministerkonferenzen mit den Leitern der Kreisdienststellen. Die letzte Ministerkonferenz mit den KD-Leitern wurde im Herbst 1988 durchgeführt und war somit die entscheidende Orientierung zur Durchsetzung der grundsätzlichen Aufgabenstellung bis zur Auflösung des MfS.

Ausgehend von dieser Ministerkonferenz erfolgte die Festlegung der Schwerpunkte des Leiters der KD Hagenow, speziell für die Jahresarbeitsplanung 1989 in den Hauptrichtungen:

- Sicherung ökonomischer Schwerpunkte
- Sicherung der Staatsgrenze zur BRD und vorbeugende Verhinderung des Verlassens der DDR (in ihrer Einheit mit Erscheinungsformen der politisch-ideologischen Diversions- und politischen Untergrundtätigkeit)
- komplexe Spionageabwehr
- Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen.

Für die Führungs- und Leitungstätigkeit wurde das Territorialprinzip unter besonderer Hervorhebung des Schwerpunktprinzips für die Kreisdienststellen nochmals unterstrichen. Das bedeutete grundsätzliche Breitensicherung, Einbeziehung aller gesellschaftlichen Bereiche in die Abwehrarbeit und Lagebeherrschung bei schwerpunktmaßiger Durchdringung besonders sensibler Bereiche für die innere Sicherheit.

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BSIu<sub>8</sub>  
000008

Mit dieser Hervorhebung der Rolle der Kreisdienststellen im MfS, der Basiseinheiten als Rückgrat der Abwehrarbeit des MfS, wurde der Kreisdienststelle Hagenow als Grenz-KD mit der längsten Staatsgrenze zur BRD eine besondere Bedeutung beigemessen. Gera-de 1988/89 spielten Grenzfragen in der Abwehrarbeit des MfS sowie daraus resultierende Verlassensproblematiken eine ganz besondere Rolle. Sie durften kein Ausdruck der Destabilisierung des sozialistischen Staates werden, und ihre Auswirkungen wurden mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und Methoden bekämpft.

Die auf der Grundlage der Ministerkonferenz durch den Leiter der KD Hagenow getroffenen Festlegungen führten 1989 zur weiteren Qualifizierung aller operativen Grundprozesse und zur aussagekräftigeren, realen Lagebeurteilung. 1989 wurden durch die KD Hagenow bis zum Oktober 5 schriftliche Informationen an den 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Hagenow mit folgenden Hauptinhalten übergeben:

- Kritische Reaktionen der Bevölkerung auf aktuell politische Ereignisse, zur Versorgungslage, zur Infrastruktur und den Reiseregelungen;
- Ursachen und Bedingungen für Hemmnisse in Produktionsbereichen der Volkswirtschaft (personifiziert);
- Ursachen, begünstigende Bedingungen, angewandte Mittel und Methoden sowie Auswirkungen von Handlungen des Verlassens der DDR (Straftaten gemäß § 213 StGB, ASTA).

Da diese Informationen, neben weiteren stets aktuellen, auch in den Informationsfluß an die Bezirksverwaltung Schwerin gingen und von dort zentral an das MfS weitergeleitet wurden, muß ausgehend von der Arbeit der KD Hagenow eingeschätzt werden, daß die Ebenen mit Entscheidungsbefugnissen - und diese hatte die KD Hagenow nicht - real über die Situation im Lande informiert waren.

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BStU 9

000009

Diese Tatsache spiegelte sich auch im Stimmungs- und Meinungsbild der Mitarbeiter der KD Hagenow wider. Ursachen, Mängel, Mißstände wurden erkannt, deren Voraussetzungen zu Veränderungen aufgezeigt, die für uns vorhandenen Möglichkeiten weitestgehend ausgeschöpft, aber reale Veränderungen kamen entweder überaus zögernd oder nicht.

Daraus resultierend, auch aufgrund der sich komplizierter gestaltenden Arbeit mit unseren Quellen, kamen verstärkt Zweifel an der Wirksamkeit und Notwendigkeit unserer Arbeit auf.

#### 2.1. Zur Sicherung ökonomischer Schwerpunkte

Der Kreis Hagenow setzt sich ausgehend von seiner ökonomischen Bedeutung vorrangig aus folgenden Schwerpunktbetrieben zusammen, die auch im Mittelpunkt der vorbeugenden schadensabwendenden Abwehrarbeit der KD Hagenow standen:

- Kombinat Fliesen und Sanitärkeramik Boizenburg
- VEB Elbewerften Boizenburg/Roßlau (Binnenfahrgastschiffe)
- VEB Fahrzeugbau "Ernst Thälmann" Lübtheen (NKW-Anhänger)
- VEB Metallbau Boizenburg (Fertigelementhallen)
- Landwirtschaftliche Struktureinheiten, die Kooperationsräte, Abt. Landwirtschaft beim Rat des Kreises Hagenow und Veterinärwesen (Hagenow = größter Agrarkreis der DDR)
- 4 weitere mittlere Betriebe mit Exportverpflichtungen

Von vorrangiger Bedeutung aus abwehrmäßiger Sicht ist auf jeden Fall das zentralgeleitete Kombinat Fliesen und Sanitärkeramik Boizenburg zu nennen, mit Stammbetrieb und Kombinatsleitung in Boizenburg. Das Kombinat hat Zweigbetriebe u. a. in Dresden, Zwickau, Haldensleben und Karstädt. Daraus resultierten bereits seit Beginn der Kombinatsbildung erhebliche Schwierigkeiten bei der Organisation der Abwehr- und vorbeugenden schadensverhügenden Arbeit (territorial übergreifend). Da es sich bei der Fliesenproduktion um ein exportträchtiges Unternehmen handelt, welches in den letzten Jahren jedoch an Konkurrenzfähigkeit eingebüßt hatte, bestand seitens der Parteiführung, eingebettet in die ökonomische Strategie, die Aufgabenstellung, über eigen-

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BStU  
000010 10

ständigen Rationalisierungsmittelbau einen enormen Effektivitäts-schub zu erreichen. Das drückte sich speziell in dem Parteiauftrag zum 40. Jahrestag der DDR aus, eine vollautomatische Fließlinie bis zur Massenproduktion von Fliesen zu installieren. Dabei zeigten sich jedoch Grenzen in bezug auf die Nutzung von in der DDR gesammelten Erfahrungen, insbesondere bei der Entwicklung der entsprechenden Einbrandöfen. Durch die Arbeitsergebnisse der KD Hagenow wurde wiederholt auf die dabei auftretenden objektiven Schwierigkeiten aufmerksam gemacht. Das erfolgte sowohl unmittelbar an die Kombinatsleitung, an den ZK-Beauftragten im Betrieb als auch über die entsprechenden innerdienstlichen Informationslinien. Dennoch wurden keine Entscheidungen zur Veränderung der Situation durch das Ministerium für Bauwesen getroffen, sondern immer neue Forderungen aufgemacht, die in keiner Weise dem Effektivitätsprinzip der ökonomischen Parameter entsprachen.

Rechtzeitig wurde in komplexen Informationen, auch an den 1. Sekretär der Kreisleitung, auf den tatsächlichen Realisierungsstand hingewiesen und aufgezeigt, daß der 40. Jahrestag der DDR als Endtermin nicht haltbar ist. Dennoch wurde vor dem 7. 10. 1989 durch den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Schwerin symbolisch die Produktion aufgenommen, mit dementsprechenden Medienveröffentlichungen. Das stieß bei den Beschäftigten dieses Betriebes und anderen einbezogenen Personen auf heftige Kritik.

Aus dieser Situation heraus entwickelten sich auch innere Widersprüche bei den für diesen Bereich zuständigen operativen Mitarbeitern bzw. mittleren Leitungskadern. Die vielfältigsten Aktivitäten zur Unterstützung der ökonomischen Strategie im Bereich Fliesenproduktion hatten zu keinen wirklichen operativen Ergebnissen geführt. Daraus läßt sich nur die Schlußfolgerung ableiten, daß die Strukturen in der Ökonomie als auch im MfS nicht geeignet waren, Veränderungen von unten nach oben einzuleiten bzw. zu erreichen. Reale objektiv notwendige Veränderungen scheiterten am subjektiven Festhalten bestimmter führender Kader an alt bewährten Methoden und Strukturen, politische Entscheidungen standen über ökonomischen Zwängen.

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BSU  
000011

Neben dieser ökonomischen Fehlleistung und den daraus resultierenden negativen Wirkungen im Stimmungs- und Meinungsbild dieses Betriebes führte dieser Zustand darüber hinaus zur Desorganisation der Arbeit der KdF S Hagenow. Durch die verworrenen Leitungswege und Entscheidungsbefugnisse war es nicht möglich, eine effektive Abwehrarbeit in diesem Kombinat zu organisieren. Alle Entscheidungen, auch wenn noch so unlogisch, waren durch irgend eine übergeordnete Institution sanktioniert bzw. mußten sanktioniert werden lassen. Das setzte sich bis zum Minister für Bauwesen fort, und diese Ebene sowie bereits mehrere vorgelagerte lagen außerhalb der Verantwortung der KD Hagenow.

Eine Zielstellung der Abwehrarbeit der KD Hagenow im Kombinat Fliesen und Sanitärkeramik bestand in der Nachweisführung real zu erwartender gegnerischer Angriffe und Aktivitäten, auf jeden Fall in bezug auf den Konkurrenzkampf mit ausländischen Firmen sowie daraus erwachsender ökonomischer Nachteile für die DDR. Die aufgezeigten Strukturen verhinderten jedoch die Erarbeitung von Fakten über Verantwortlichkeiten bei Mängeln bzw. Unzulänglichkeiten.

Im VEB Elbewerften Boizenburg/Roßlau konnte dagegen ein wirkungsvollerer Beitrag durch die Arbeit der KD Hagenow, vorrangig zur Stabilisierung von Leistungsprozessen bei der Gewährleistung einer höheren Sicherheit und Ordnung, erreicht werden. Bis zu diesem Zeitpunkt (1. Halbjahr 1989) richteten sich in diesem Betrieb die Hauptanstrengungen auf die Klärung der Ursachen eines umfangreichen Störgeschehens im Produktionsablauf. Es kam zu erheblichen materiellen Schäden, Materialverlusten und technologischen Fehlentscheidungen.

Die kontinuierliche Analyse dieser Probleme über einen Zeitraum von ca. 2 Jahren führte zu dem Ergebnis, daß keine feindlichen Aktivitäten und Handlungen vorlagen, sondern eindeutig Schlampeien im täglichen Arbeitsprozeß, beginnend in der Produktion bis hin zur Betriebsleitung. Mit der öffentlichen Auswertung durch die KD Hagenow im Rahmen von Sicherheitskonferenzen 1988 und im Juni 1989 konnte eine wesentliche Stabilisierung der Produktionsprozesse erreicht werden.

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BSU  
000012 12

Der VEB Fahrzeugbau Lübtheen und VEB Metallbau Boizenburg sind durch ihre ungünstige territoriale Lage im Kreis Hagenow gekennzeichnet. Als Betriebe mit einem erheblichen Zulieferbedarf an Stahl und sonstigen Erzeugnissen, jedoch großen Entfernung zu den Zulieferbetrieben, entstanden seit ihrer Kombinatseingliederung zentral bzw. bezirklich neue Probleme. Die Kombinate stießen bei ihren Bestrebungen, effektive Lösungsmöglichkeiten zu finden, an objektive Grenzen.

In beiden Betrieben gab es seit der Kombinatsangliederung Schwierigkeiten mit der Bestimmung der Produktionsprofile. Durch die Kombinatsleitungen wurde viel versucht, ständig umgebaut und umorientiert, jedoch eine stabile und effektive Lösungsvariante nicht gefunden.

Diese Situation fand ihren Niederschlag in kontinuierlich zusammengefaßten Informationen der KD Hagenow an die für wirtschaftliche Probleme zuständigen zentralen Diensteinheiten sowie die Struktureinheiten mit der entsprechenden Kombinatsverantwortlichkeit. Es erfolgte weder eine Reaktion noch positive Veränderungen, die vorrangig auch im Interesse der Beschäftigten dieser Betriebe lagen.

Bei der Unterstützung der Agrarpolitik der DDR konzentrierte sich die KD Hagenow auf die Weiterentwicklung effektiver Produktionsmethoden in der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft sowie des weiteren Ausbaus der genossenschaftlichen Demokratie. Im Mittelpunkt regelmäßiger Informationen an den 1. Sekretär der SED-Kreisleitung standen dabei Fragen der Durchsetzung von Ordnung und Sicherheit, vorrangig in der Tierproduktion sowie Erkenntnisse über gräßlichste Verletzungen der genossenschaftlichen Demokratie durch Leitungskader, die in der LPG (P) Redefin im Herbst 1988 zur Ablösung des LPG-Vorsitzenden und des Technikleiters, gleichzeitig Parteisekretär, führten (Hauptgrund waren Amtsmißbrauch und Veruntreuung genossenschaftlicher Mittel). Nicht befriedigen konnte dagegen der Beitrag des MfS bei der Stabilisierung der Grundfonds in der Landwirtschaft. Die Parteipolitik war zu einseitig auf die Neuentwicklung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte ausgerichtet. Demgegenüber

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BSU

000013

verkommen ältere Grundfonds immer mehr, Ersatzteile fehlten in Größenordnungen - und das großer Versprechungen des Gen. Honecker auf dem 13. Bauernkongreß.

Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt steht die Frage offen, was diesbezüglich mit unseren monatlichen Informationen geschah.

2.2. Zur vorbeugenden Verhinderung des Verlassens der DDR

Der Kreis Hagenow verfügt mit insgesamt 113 km über die längste Landgrenze der DDR zur BRD, wobei sich davon ca. 50 % auf die immer noch umstrittene Elbgrenzregelung beziehen. Aus der Gesamtlänge und den gerade in den letzten Jahren ständig gestiegenen Angriffen aus dem Inneren der DDR insbesondere gegen diesen Abschnitt, stellte die Zentrale immer wieder die Schwerpunktaufgabe, die politisch-operative Abwehrarbeit zur vorbeugenden Verhinderung von Grenzstraftaten zu qualifizieren. Diese Aufgabe stand 1988/89 demzufolge auch im Mittelpunkt der Anstrengungen der Leistungstätigkeit und des überwiegenden Teils der operativen Mitarbeiter der Kreisdienststelle Hagenow.

Zwischen der zentralen Forderung und den eigenen Lagebedingungen bestanden keine Differenzen, da ca. 50 % der Grenzstraftäter in den letzten beiden Jahren aus dem Kreis Hagenow selbst kamen. Diese Prozentzahl war noch höher bei dem Anteil von Grenzstraf-taten, wo ein gelungener Grenzübertritt in die BRD zu verzeichnen war. Als Besonderheit zeichnete sich weiterhin ab, daß der Anteil von Grenzstraftätern stieg, der unmittelbar im Grenzgebiet wohnhaft war.

Probleme zeichneten sich diesbezüglich in der politisch-ideologischen Arbeit des Mitarbeiterbestandes der KD Hagenow ab. Diese bezogen sich vorrangig auf den Widerspruch, der sich aus den Ursachen und Wirkungen der Grenzstraftaten ergab. Mit Hilfe unserer eigenen spezifischen Mittel und Methoden als auch derer der speziellen Untersuchungsorgane wurde großer Wert darauf gelegt, aufzuklären, welche territorialen Besonderheiten bzw. Lücken im einheitlich zu führenden Grenzsicherungssystem zu erkennen waren. Ableitend aus der Verantwortung, die uns bei der

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BStU

000014  
14

vorbeugenden Verhinderung von Grenzstraftaten auferlegt war, mußten wir jeden Angriff auf die Staatsgrenze und vor allem jeden gelungenen Grenzdurchbruch als eigene Niederlage werten. Die objektive Ursachenforschung führte oftmals zu dem Ergebnis, dieser oder jener konkrete Angriff war in den Phasen der Entschlußfassung und Vorbereitung durch unsere Mittel und Methoden real nicht erkennbar gewesen und ebenfalls in der Phase der Durchführung durch die Grenzstraftäter so angelegt, daß die Wirksamkeit aller am Grenzsicherungssystem beteiligten Kräfte auf ein Minimum herabgesetzt war. Aus dieser Tatsache heraus erfolgte 1988/89 eine Verstärkung der Aufklärung der Motivationen der Grenzstraftäter. Dabei zeichneten sich folgende Schwerpunkte ab:

- Das Gefühl, im Grenzgebiet der DDR eingesperrt zu sein;
- mangelnde bzw. gänzlich fehlende Möglichkeiten der kulturellen bzw. sonstigen sinnvollen Freizeitgestaltung für Jugendliche im Grenzgebiet;
- Mängel in der Infrastruktur, wie Verkehrswesen, Handel und gastronomische Versorgungen;
- geringes finanzielles Einkommen, überwiegend aus landwirtschaftlichen Betrieben und Einrichtungen;
- persönliche Konfliktsituationen;
- fehlende Reisefreiheit.

Bei der Beurteilung dieses Ursachenkomplexes wird deutlich, daß sich diese nicht auf den Arbeitsgegenstand eines Geheimdienstes beziehen, sondern grundsätzlich in der gesellschaftlichen Struktur determiniert sind.

Diese Erkenntnis führte im Leitungskollektiv der KD Hagenow zu neuen Überlegungen und Aktivitäten. Speziell 1989 erfolgte eine Qualifizierung der Arbeit zur weiteren Unterstützung der Arbeit der kreislichen Organe des Partei- (SED) und Staatsapparates als eigentliche Hauptverantwortliche zur Beseitigung dieser Ursachen und Umstände. In die bewährte Praxis der Sicherheitsberatungen wurden verstärkt die realen Erkenntnisse unseres

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BStU

0000155

Organs eingebracht und auf deren Hintergründe aufmerksam gemacht. Dennoch muß eingeschätzt werden, daß sich der Prozeß in angegebenen Organen, Veränderungen herbeizuführen, viel zu langatmig und administrativ gestaltete.

Trotz Grenzgesetz und Grenzdirektive waren die gesellschaftlichen Strukturen des Kreises und im Grenzgebiet nicht dazu geeignet, die Massenarbeit unter der Bevölkerung zu aktivieren, sondern das Gegenteil war zu verzeichnen. Die allgemeinen Unzufriedenheiten mit der Versorgungslage und den mangelnden Reisemöglichkeiten führten kontinuierlich zur weiteren Ablehnung jeglicher gesellschaftlicher Arbeit. Diese Tatsache stand der Forderung des einheitlich zu führenden Grenzsicherungssystems eindeutig entgegen - denn wie wollte man eine wirksamere Grenzsicherung ohne Beteiligung der Bevölkerung erreichen?

Aus diesem Zusammenhang werden eine Reihe objektiver Ursachen und Bedingungen ersichtlich, die zwar im MfS erkannt waren, aber es wurde ihnen nicht die erforderliche Bedeutung bei der Einordnung in die Gesamtaufgabenstellung beigemessen. Dadurch wurde ein erhebliches Kräftepotential gebunden, welches eigentlich Aufgaben anderer zuständiger Staats- und Parteiorgane realisierte. Im Kreis Hagenow waren das ein unmittelbares Referat zur Grenzsicherung in einer Stärke von 1 : 4 (überwiegend mit 1 : 3 besetzt) sowie der gesamte Mitarbeiterbestand in der Verantwortung als Grenz-KD. Zusätzlich wurde in den letzten Jahren ein selbstständiges Kollektiv von Grenzbeauftragten des MfS zur Koordinierung von Aufgaben mit den Partei- und Staatsorganen geschaffen, in unserem Kreis mit einer Stärke von 1 : 3. Die Grenzbeauftragten wurden im August in die KD Hagenow eingegliedert, woraus sich dann eine 3. Planstelle eines Stellvertreters des Leiters der KD ergab und in diesem Sinne eines übermäßig aufgeblähten Leitungsapparates.

Diese Erkenntnisse wurden an übergeordnete Leitungsebenen herangetragen, um Veränderungen entsprechend den realen Lagebedingungen an der Basis zu erreichen, was aber nicht gelang.

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BStU  
000016

Demgegenüber bestand noch im September 1989 die Aufgabenstellung der Bezirksverwaltung, konzeptionelle Vorstellungen zu entwickeln, wie das einheitlich zu führende Grenzsicherungssystem durch unseren eigenen Beitrag, das heißt Einflußnahme auf die Beteiligten und eine grenzbezogene Neuprofilierung des Mitarbeiterbestandes, qualifiziert werden kann. Die damit verbundenen Vorstellungen und Forderungen aus der Leitung der BV standen im Widerspruch zu unserer Lageanalyse, wurden dennoch entsprechend der militärischen Disziplin realisiert.

Ein weiteres Beispiel mangelnder Sachkenntnis übergeordneter Leitungsebenen zeigte sich in der formellen Entscheidung des stellvertretenden Ministers *Neiber* in bezug auf die angestrebte Zwangsaussiedlung einer Familie aus dem Grenzgebiet. Während einer Familienfeierlichkeit bei dieser Familie versuchten 1988 zwei Personen (keine Familienangehörigen), die Staatsgrenze zur BRD zu überwinden (einer Person gelang es) und 1989 übertraten 2 Söhne dieser Familie ungesetzlich die nahegelegene Staatsgrenze zur BRD. Das Ehepaar selbst hatte keinerlei Aktivitäten unternommen und in beiden Fällen keine Kenntnis von diesen Vorhaben, war ständig dort ansässig und hatte einen guten Leumund. Die Aussiedlung hätte einen erheblichen politischen Schaden nach sich gezogen und konnte erst durch vielfältige Anstrengungen der KD Hagenow verhindert werden.

In die vorbeugende Verhinderung des Verlassens der DDR waren gerade in den letzten Jahren des weiteren solche Erscheinungen eingeordnet, wie die Zurückdrängung von Antragstellungen auf ständige Ausreisen, u. a. eskaliert nach der Reiseverordnung vom 30. 11. 1988, sowie die vorbeugende Verhinderung des ungesetzlichen Verbleibens im NSA nach genehmigten Privatausreisen. Während das Verbleiben nach Privatreisen in das Ausland von Personen aus dem Verantwortungsbereich der KD Hagenow bis August '89 keinen Schwerpunkt darstellte, standen die Probleme der Zurückdrängung von ASTA seit mehreren Jahren mit im Mittelpunkt aller Arbeitsanstrengungen.

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BSI U  
000017<sup>17</sup>

Maximal waren in den letzten Jahren ca. 80 Antragstellungen mit 100 bis 120 Personen zu verzeichnen. Über die SED-KL, jedoch erst seit 1988, war die Zurückdrängung von Antragstellungen auf ständige AR als gesamtgesellschaftliche Aufgabenstellung formuliert, eigentlich in der Verantwortung der Staatsorgane und Einrichtungen, Kombinate und Betriebe, unter Anleitung der SED.

Doch auch bei der Zurückdrängung dieser "sozialismusfremden Erscheinung" herrschte beim Mitarbeiterbestand der KD Hagenow der Eindruck vor, daß diese die Hauptverantwortung tragen. Bestätigt wurde dieser Eindruck des weiteren durch vielfältige dienstliche Bestimmungen und Weisungen.

Die über mehrere Jahre gesammelten Erfahrungen des MfS, auch der KD Hagenow, bei der Bewältigung dieses Problems führten gerade 1988/89 zu objektiveren Lageeinschätzungen und effektiveren Aufgabenstellungen. Wie bei der Verhinderung von Grenzstraftaten konnte eine höhere Aussagefähigkeit zu den eigentlichen Ursachen und Bedingungen von Antragstellungen für ständige Ausreisen erreicht werden, die auch ähnlich gelagert waren und auf einen Nenner die Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten zum erreichten Entwicklungsstand der DDR zum Ausdruck brachten.

Waren Mitte der 80er Jahre die Anstrengungen vorrangig darauf ausgerichtet, diesem Personenkreis eine staatsfeindliche Verbindungsaufnahme gemäß § 100 StGB nachzuweisen, so waren das 1988/89 vor allem:

- Die vorbeugende Verhinderung bzw. Aufklärung von Aktivitäten im Zusammenhang mit Kräften, die dem politischen Untergrund zugeordnet wurden;
- die vorbeugende Verhinderung von Grenzstraftaten, vorrangig dann, wenn durch die zuständigen staatlichen Organe eine Ablehnung der ständigen Ausreise ausgesprochen war;
- die Unterstützung der zuständigen Organe in bezug auf die Aufdeckung und Beseitigung begünstigender Bedingungen und Umstände, die zur eigentlichen Antragstellung führten.

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BSU  
000018 18

In diesem Zeitraum zeichneten sich in der KD Hagenow auch neue Erkenntnisse über das Vorgehen feindlicher Kräfte aus dem Ausland ab. Von Anfang bis Mitte der 80er Jahre konnten deren Aktivitäten in den Kreis Hagenow noch eindeutig nachgewiesen werden, wie z. B. die Feindorganisationen "I. G. f. M." und "H. v. D.", die in Verbindung zu Gesuchstellern auf Ausreise standen. Mit der Anwendung strafrechtlicher Mittel gegen die Gesuchsteller zogen sich diese Feindorganisationen von dieser Problematik zurück.

1988/89 traten dann verstärkt Einzelpersonen, vorrangig aus der BRD und WB, auf, oftmals ehemalige DDR-Bürger, die über allgemeine Einflüsse und Beispielwirkungen dann aber eine noch höhere Wirksamkeit erreichten.

Das Wirksamwerden äußerer Feinde war im Kreis Hagenow kaum noch nachzuweisen. Demgegenüber waren verstärkt Aktivitäten aus dem Inneren der DDR feststellbar, die sich gegen vielfältige Er-scheinungen der Entwicklung des sozialistischen Staates richteten. Deren Einordnung als verfassungsfeindliche Kräfte führte zu einer neuen Feindbildstruktur und veränderten zentralen Aufgabenstellungen, wobei in der KD Hagenow bis zu deren Auflösung keine Kräfte real als innere Feinde des Sozialismus bezeichnet werden konnten. Als entscheidender Faktor wurde jedoch auch hierbei gesehen, alle Aktivitäten solcher Kräfte vorbeugend zu verhindern, d. h. die Maßnahmen waren bereits auf das Vorfeld ausgerichtet, den Prozeß des Vorbereitungsstadiums derartiger Handlungen. Das bedeutete wiederum, daß offensive und gedeckte Maßnahmen nach ersten Ausgangsinformationen realisiert wurden, um weitere Auswirkungen in Form von Öffentlichkeitswirksamen Handlungen rechtzeitig zu verhindern.

Als entscheidendes Hemmnis in bezug auf die gesamtgesellschaftliche Aufgabenstellung der Zurückdrängung von ASTA und anderer Verlassensproblematika stellte sich die Fehleinschätzung dar, daß die Ursachen im Bereich der Wirkungen der vom Gegner organisierten und inspirierten PiD und der PUT zu suchen sind.

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BSU  
0000109

Entsprechend der Parteilinie durften die Ursachen nicht in den inneren Bedingungen liegen, sondern mußten in der Sozialismusfeindlichkeit des Imperialismus liegen, und nur dort. Dieses Fehlurteil beschränkte die Wirksamkeit unserer Arbeit, führte zur Desorganisation und weiteren Entfernung von den Werktäglichen, mit denen wir eigentlich entsprechend unserem Klassenauftrag immer enger zusammenarbeiten sollten.

### 2.3. Zur komplexen Spionageabwehr

Mit der Dienstanweisung 1/87 des Ministers für Staatssicherheit wurde 1987 einem objektiven Erfordernis entsprechend der operativen Lageanalyse Rechnung getragen, die gesamte Arbeit im Bereich der Spionageabwehr in ihrem komplexen Charakter zu sehen. Das bezog sich auf das subversive Vorgehen der imperialistischen Geheimdienste in der Einheit militärischer, ökonomischer und politischer Spionage und die daraus abzuleitenden Maßnahmen der Spionageabwehr. Die Verantwortlichkeit war auf alle Struktur-einheiten des MfS und demzufolge auch auf die Kreisdienststelle Hagenow, unter Beachtung der Federführung durch die spezielle Linie II auf der Bezirks- und Republiklinie, festgelegt.

Davon ausgehend wurden auch in der ehemaligen Kreisdienststelle Hagenow Strukturveränderungen vorgenommen und ein eigenständiges Referat in der Stärke 1 : 4, vorrangig zur Spionageabwehr in der DVP, dem WKK und an den im Territorium dislozierten militärischen Objekten, gebildet. Da die Aufklärung der Aktivitäten imperialistischer Geheimdienste stets die Hauptaufgabe des MfS darstellte, war die gesamte Aufgabenstellung für uns als Basis-einheit nichts Neues, aber durch eine höhere Qualität der zu entwickelnden Aktivitäten gekennzeichnet. Das begann 1988 mit der Erarbeitung einer Konzeption zur komplexen Spionageabwehr, ausgehend von der Gesamtverantwortung der Kreisdienststelle Hagenow. Bereits hierbei zeigten sich offensichtliche Schwierigkeiten, da keine eigenen Erkenntnisse über das Vorgehen bzw. Aktivitäten imperialistischer Geheimdienste vorlagen, d. h. aus den Vorjahren lagen uns selbst keine diesbezüglich bestätigten Informationen vor.

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BStU

000020  
20

Das Referat Spionageabwehr existierte aber und dementsprechend auch die eigens dafür geschaffene Planstelle eines weiteren Referatsleiters.

Gelang es noch relativ gut, den Bereich der militärischen Spionageabwehr zu fassen, so zeigten sich erhebliche Probleme bei der Einordnung ökonomischer und politischer Spionageabwehrerfordernisse. Die vorrangig im Republikaßstab und dann kaum noch im Bezirk gewonnenen diesbezüglichen Erkenntnisse spiegelten sich nicht in der eigenen Lageanalyse wider. Jedoch allein aus der Aufgabenstellung heraus und dem damit verbundenen Erfolgszwang wurden Maßnahmen und Aufgabenstellungen geplant, die überwiegend auf Annahmen von zu erwartenden Feindinteressen gegenüber dem Verantwortungsbereich der KD Hagenow aufbauten.

Als begünstigender Faktor wirkte in diesem Zusammenhang die vorgenommene Fehleinschätzung zur Einordnung des Geheimnisschutzes im Kreis Hagenow. Dem MfS war durch den Ministerrat der DDR entsprechend der "Anordnung über den Geheimnisschutz" vom Februar 1988 die Aufgabe gestellt worden, einen bedeutenden Beitrag bei der Sicherung von Staatsgeheimnissen zu leisten. In der Praxis der KD Hagenow zeigte sich jedoch immer wieder, daß sich die dafür eingesetzten Mitarbeiter überwiegend mit Mißständen in der Durchsetzung der Geheimnisschutzanordnung durch die staatlichen Leiter und deren Beauftragte beschäftigen mußten, als mit deren eigentlicher Durchsetzung. Wie in vielen gesellschaftlichen Bereichen war das MfS indirekt dazu gezwungen, sich in Kompetenzen einzuschalten, die eigentlich nicht zu ihren Aufgaben gehörten. Die staatlichen Leitungsebenen waren den Erfordernissen entsprechend nicht ausreichend daran interessiert, einen eigenständigen effektiven Beitrag zum Geheimnisschutz zu leisten, da sie oftmals selbst im Widerspruch zu den Geheimhaltungserfordernissen standen.

Der Prozeß der radikalen Eingrenzung von Staatsgeheimnissen in Form von VS-Materialien und der damit verbundenen Anzahl von Geheimnisträgern war mit erheblichen Problemen behaftet und stellte sich als zu langwierig dar. Die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen, vorrangig in der Volkswirtschaft und im

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BStU

000021  
21

Staatsapparat, bildeten keine günstigen Voraussetzungen für Quantitäts- bzw. Qualitätsveränderungen, d. h. die eingeleiteten Maßnahmen führten zu keiner objektiv erforderlich einschneidenden Reduzierung von VS-Dokumenten bzw. Geheimnisträgern. Daraus resultierte wiederum eine Breitensicherung durch die KdFS Hagenow, die es eigentlich in bezug auf diese Aufgabenstellung galt abzubauen.

Die in der KdFS/KAfNS im Zusammenhang mit der Dienstanweisung 1/87 realisierten Maßnahmen führten insgesamt zu keinen speziellen neuen Erkenntnissen über erwartete Angirffe bzw. Aktivitäten imperialistischer Geheimdienste gegen den Kreis Hagenow, oder auf einen gemeinsamen Nenner gebracht: erheblicher Aufwand bei wenig oder keinen Ergebnissen.

2.4. Zur Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen

Die Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen bzw. regelmäßigen Wiederholungsüberprüfungen, durch die zentrale Dienstanweisung 1/82 geregelt, bezog sich in der KdFS/dem KAfNS in den Jahren 1988/89 schwerpunktmäßig auf folgende Personenkreise (mit jährlichen Angaben):

- Geheimnisträger (ca. 80)
- Reisekader/Auslandskader (ca. 50)
- Kader für die Grenztruppen (ca. 100)
- bestätigungspflichtige Personen für Arbeiten bzw. zum Einsatz bei Schadensfällen im Bereich der unmittelbaren Staatsgrenze (ca. 1500)
- Personal für Dienstleistungen bzw. Instandhaltungen auf den 3 Grenzübergangsstellen (ca. 300)
- Personen mit besonderen Genehmigungen, z. B. Umgang mit Giften bzw. Waffen (ca. 50)
- Privatreisende in das NSA (ca. 20 bei 8.000 bis 10.000 Ausreisenden)

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BSI U

000022

Darüber hinaus wurden jährlich ca. 500 Ermittlungsaufträge für andere Struktureinheiten des MfS realisiert, so daß stets ca. 2000 Personen = 3 % entweder direkt oder indirekt unter dem Gesichtspunkt ihrer politischen und moralischen Zuverlässigkeit beurteilt wurden und dadurch in irgendeiner Form in die Speicher eingingen.

Das Grundanliegen der Dienstanweisung 1/82 wurde speziell 1989 durch eigene Erkenntnisse der Lageentwicklung und daraus resultierender objektiver Erfordernisse spezifiziert und der Aufwand insgesamt reduziert. Das bezog sich sowohl auf den erreichten Speicherumfang (vorhandene Bestätigungsvermerke und Einschätzungen) als auch auf die Veränderungen, die sich grundsätzlich aus den neuen Regelungen für Privatreisen in das NSA ergaben.

Entsprechend dienstlicher Regelungen hätten zwar die bestätigungspflichtigen Personen im Zusammenhang mit dem Grenzgebiet weiterhin umfassend aufgeklärt werden müssen, auf der anderen Seite hatte der überwiegende Teil derer jedoch die Möglichkeit der Privatausreise, und 1988/89 verblieb davon keiner rechtswidrig im Ausland.

Auf diesen Widerspruch wurde wiederholt durch die KD Hagenow als Grenz-Kreisdienststelle sowie andere Struktureinheiten aufmerksam gemacht, aus zentraler Sicht erfolgte dagegen jedoch keine Richtigstellung.

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BSU

200023

3. Auswirkungen auf das Netz der inoffiziellen Mitarbeiter

Von den Mitarbeitern des KAfNS wurde der Arbeit mit den inoffiziellen Mitarbeitern auch in den Jahren 1988/89 eine hohe Bedeutung beigemessen. Daher war es auch möglich, objektive La-geeinschätzungen zu vielen gesellschaftlichen Bereichen zu erstellen.

Aber eine andere Tendenz in der Zusammenarbeit mit unseren inoffiziellen Mitarbeitern beunruhigte den Leiter, seine Stellvertreter, ja alle Mitarbeiter. Es war ein Umschwung hinsichtlich der Effektivität der Treffdurchführung eingetreten. Verstärkt, oft zwei Drittel des Zeitfonds der Treffs, mußten genutzt werden zur "Behandlung" politischer Tagesereignisse bzw. zur politischen Motivation für die weitere Zusammenarbeit mit unserem Organ. Vielfach wurde die Frage nach dem Sinn und der Nutzbarkeit unserer Arbeit aufgeworfen, da gerade langjährig tätige IM oftmals zu gleichgelagerten Problemen über Jahre berichteten, ohne daß wir Veränderungen bewirken konnten. Dabei bildeten die Bereiche Ökonomie und Versorgung wesentliche Schwerpunkte.

Trotz dieser Entwicklung konnte der Bestand an Quellen, auch wenn sich der Prozeß der Gewinnung von Quellen immer komplizierter gestaltete, im wesentlichen konstant gehalten werden.

In den Wochen seit Oktober 1989 bis zur endgültigen Einstellung der operativen Tätigkeit in der KD bzw. des KAfNS Hagenow baute sich die Zusammenarbeit mit den Quellen immer weiter ab. Dafür gibt es insbesondere folgende Gründe:

1. Von der Zentrale über die BV gab es keine zielorientierten bzw. konstruktiven Vorgaben mehr. Weisungen und Befehle gingen vom Inhalt her an der objektiven Lage vorbei.
2. Den einzelnen Mitarbeitern wurde mehr oder weniger überlassen, obwohl es Orientierungen über Leitungskader des Kreisamtes gab, wie und wann mit welchen Quellen zusammengearbeitet wird.

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BStU

000024

24

3. Aufgrund der sich zuspitzenden innenpolitischen Lage sowie der Ratlosigkeit im eigenen Organ sank die politische Motivation bei den Mitarbeitern wie auch bei den Quellen.

Selbstverständlich nahm auch die Angst bei den Quellen vor einer Offenbarung ständig zu. Es gab mehrfach Anfragen von Quellen, inwieweit ihr Schutz vor Gewaltakten und gesellschaftlicher Ausgrenzung gewährleistet ist. Quellen forderten die Zurückgabe bzw. Vernichtung ihrer abgegebenen schriftlichen Verpflichtungen und wollten wissen, wo ihre Informationen lagern.

Durch umfangreiche Gespräche konnte in der Regel eine Beruhigung der Quellen erzielt werden, wobei der-zeit aber keine Aussage darüber getroffen werden kann, wie der psychische Zustand bei den Quellen ist.

Bis zur Auflösung des KAFNS im Dezember hat nur ein Häuserst geringer Teil der Quellen erklärt, daß sie nicht mehr bereit sind, eine inoffizielle Tätigkeit zu leisten.

Aus dem normalen täglichen Erleben zeigen sich zur Zeit folgende Tendenzen:

1. Inoffizielle Mitarbeiter, darunter auch Spitzenquellen, verlassen die Republik.
2. Aufgrund der "Jagd" nach inoffiziellen Mitarbeitern ziehen es einige vor, sich in der Gemeinde bzw. im Arbeitskollektiv zu offenbaren.

Generell ist nicht nur unter den Quellen, sondern auch unter den ehemaligen Mitarbeitern des KAFNS Hagenow die Sorge groß, daß eine weitere Destabilisierung der innenpolitischen Lage dazu führen kann, daß in Zukunft der Quellschutz nicht mehr gewährleistet ist bzw. werden kann. Das darf auf keinen Fall eintreten, da daraus resultierende Folgen nicht absehbar sind.

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BSU

000025  
254. Erscheinungen im Vorfeld der Auflösung des Kreisamtes für Nationale Sicherheit Hagenow

Auf der 10. Tagung des ZK der SED am 8. 11. 1989 schlug der Generalsekretär der SED und Vorsitzende des Staatsrates, Egon Krenz, die Erarbeitung eines Gesetzes über die staatliche Sicherheit vor, das auch die Tätigkeit von Geheimdiensten, seine Befugnisse und die Grundsätze seiner Arbeitsweise regeln sollte. Dieser Vorschlag wurde durch die Mitarbeiter der KD Hagenow begeistert aufgenommen, da eine stärkere Rechtssicherheit der Arbeit und der Angehörigen des MfS, resultierend aus der inneren Lageentwicklung, sowie grundsätzlich lange überfällig war. Das Gesetz über die Bildung des MfS vom 8. 2. 1950 entsprach in keiner Weise den Anforderungen, da es eigentlich nichts aussagte, weder der Bevölkerung noch den Angehörigen des MfS.

Auf der 11. Tagung der Volkskammer der DDR vom 13. 11. 89 versuchte der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, auf die Fragen nach der Tätigkeit des MfS in der Volkswirtschaft zu antworten. Als Erich Mielke das Rednerpult bestieg, hofften Tausende ehrliche Angehörige seines Ministeriums, und so auch ich, auf eine Richtigstellung der in den Tagen und Wochen vorher angebrachten Anschuldigungen, Diffamierungen und Verleumdungen des Organs und seiner Mitarbeiter. Nachdem er seine konfusen Ausführungen beendet hatte, die eines Ministers völlig unwürdig waren und in keinem Verhältnis zu sonstigen Referaten standen, äußerten mehrere Mitarbeiter der KD Hagenow telefonisch ihren Unmut beim Leiter der KD.

Noch am 14. 11. 89 verabschiedete der Mitarbeiterbestand der KD Hagenow eine Resolution, die festschriftlich über die Zentrale Parteileitung der BV Schwerin an das Kollegium des MfS und die SED-Kreisleitung des MfS ging. Darin wurde das Befremden zum Ausdruck gebracht, in welcher Art und Weise der Minister die Arbeit der Mitarbeiter des MfS in unwürdiger Form und Falschaus sagen dargestellt hat. Die Mitarbeiter der KD Hagenow erhoben die Forderung, konkret, sachlich und umgehend in der Öffentlichkeit die Aufgaben und Wirksamkeit des MfS, stets im Interesse

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BSI U  
000026  
26

der Bevölkerung und staatlicher Sicherheit, richtigzustellen.

Die 'SED-Fraktion hatte Mitte November, vor der 12. Volkskammer tagung am 17. 11. 89, den Vorschlag unterbreitet, ein Amt für Nationale Sicherheit zu bilden. Dr. Wolfgang Herger führte dazu auf der 12. Volkskammertagung aus:

"Auftrag des Amtes wären z. B. - so wie übrigens in aller Welt üblich - die Aufklärung friedensgefährdender Pläne, der Schutz vor Spionage oder Terrorismus und - unseren antifaschistischen Traditionen gemäß - die Abwehr neofaschistischer und antisemitischer Aktivitäten."

(ND vom 18./19. 11. 89, S. 5)

Bereits diese Wochen waren im Mitarbeiterbestand durch Ungewißheit gekennzeichnet. Diese Ungewissheit ergab sich einmal aus den widersprüchlichen Hinweisen und Angaben aus der BV Schwerin bzw. dem MfS insgesamt als auch aus der Entwicklung im Territorium selbst, wo die oppositionellen Kräfte immer mehr an Einfluß und Wirksamkeit gewannen, die Organe der Staatsmacht und des Parteiapparates dagegen an Wirksamkeit verloren. Dieser Prozeß der Demokratisierung war durch viele Mitarbeiter in dieser Form noch im Monat November schwer zu begreifen.

Am 12. 10. 89 trat in der Hagenower Stadtkirche erstmals eine Gruppe des NEUEN FORUMs zusammen, wo ca. 500 Personen teilnahmen. Zu dieser Veranstaltung organisierte die KD Hagenow noch einen größeren Kräfteaufwand zur Herausarbeitung des Teilnehmerkreises, der Initiatoren, Organisatoren und inhaltlichen Zielstellungen, da das NEUE FORUM noch als verfassungsfeindlich deklariert war.

Mit der Analyse dieser Veranstaltung sowie der Kenntnisnahme anderer oppositioneller Plattformen kamen in dieser Phase erste Zweifel an deren Verfassungsfeindlichkeit auf. Aus zentraler Sicht wurde jedoch argumentiert, jetzt sieht alles noch sozialismusfreundlich aus, aber das ist der Anfang der Konterrevolution. Dieser innere Widerspruch konnte jedoch bei dem überwiegenden Teil der Mitarbeiter nicht mehr abgebaut werden, was vor allem

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BSU

000027

27

auf eine reale Lagebeurteilung im Territorium auch zu diesem Zeitpunkt zurückzuführen war.

Am 1. 11. 89 kam es ebenfalls in der Hagenower Stadtkirche zum ersten offiziellen Disput zwischen den Vertretern des NEUEN FORUMS, der SED-Kreisleitung, vertreten durch den 1. Sekretär, und dem Rat des Kreises, vertreten durch den Ratsvorsitzenden.

Am 8. 11. 89 hatte das NEUE FORUM in Hagenow zur ersten Groß-Demo für den Kreis Hagenow aufgerufen, an der ca. 5.000 bis 7.000 Bürger teilnahmen (ca. 10 % der Bevölkerung des Kreises).

Bei allen Veranstaltungen des NEUEN FORUMS in den Monaten Oktober und November wurden Stimmen gegen die Arbeit des MfS/AfNS laut; im Kreis zwar nicht massiv, aber bestimmt.

Mehrere Mitarbeiter und Leitungskader äußerten in diesem Zeitraum Gedanken, Vorstellungen und teilweise Forderungen, mit diesen oppositionellen Kräften in Diskussion zu treten, um unsere Standpunkte darzulegen. Aus Gründen der Disziplin trat jedoch kein Mitarbeiter der KD Hagenow in der Öffentlichkeit bzw. im kleinen Kreis mit Außenstehenden auf, da es aus zentraler Sicht untersagt war. Dieser Zustand, sich nicht verteidigen und klarstellen zu dürfen, dafür alle Anschuldigungen hinzunehmen, die gegen die "Stasi" vorgetragen wurden, und auch keinerlei Rechtfertigung oder Offenlegung von der Zentrale zu sehen, zog sich durch alle Dienstkollektive und führte zu Unzufriedenheiten, Zweifeln und Ratlosigkeit. Diese wurden dann noch durch die ersten Maßnahmen der Akten- und Dokumentenauslagerungen sowie Schriftgutvernichtung verstärkt.

Mitte November stellten vorrangig weibliche Mitarbeiter verstärkt die Frage, geht es jetzt mit uns zu Ende, gemeint war die Existenz der KD, oder sind das wirklich nur Sicherheitsvorkehrungen? Die zweite Novemberhälfte war dann durch solche Erscheinungen geprägt, wie fehlende Motivation zur Aufgabenrealisierung,

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BSU

000028

28

beginnende Arbeitsstellensuche, offene und massive Äußerungen gegen die ehemalige Parteiführung und obere Leitungsstrukturen des MfS, also keine eigentliche Arbeit mehr, nur ein Abwarten und stupides Vernichten von überwiegend sinnlosen Materialsammlungen.

Am 9. 12. 89 informierte der Parteivorsitzende der SED, Gysi, auf dem Sonderparteitag der SED über die vorgesehene Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit.

Am 4. 12. 89 kam der Befehl, die Dokumentenvernichtung einzustellen, was auch in der KD Hagenow erfolgte.

Am 5. 12. 89 erschien eine Arbeiterdelegation unter Leitung von Vertretern des NEUEN FORUMs in der KD Hagenow, um diesen Prozeß zu kontrollieren. Daraufhin wurde im Beisein des Staatsanwaltes der Naßkoller versiegelt.

Am 6. 12. 89 kamen erneut Vertreter der Bürgerinitiative im Beisein des Staatsanwaltes, wobei die zentrale Materialablage (Archiv), die Waffenkammer und Nachrichteneinheiten des KAfNS Hagenow versiegelt wurden. Dazu war auf der Kreisseite der "Schweriner Volkszeitung" am 6. 12. 89 zu lesen:

"... Weiter wurde unterrichtet, daß durch Hagenower Bürger, darunter auch Vertreter des NEUEN FORUMs, aufgrund von Hinweisen über Aktenvernichtungen in Anwesenheit der Staatsanwältin Annedore Dukatz am Dienstag eine Besichtigung der Dienststelle Hagenow des jetzigen Amtes für Nationale Sicherheit erfolgte. Dort wurde bestätigt, daß nach der Weisung des Leiters des Amtes ab Montag, 12 Uhr, keine Akten mehr vernichtet sind. Der Reißwolf wurde versiegelt. Eine weitere Überprüfung erfolgte am Mittwoch, wo auch das Archiv sowie weitere Räumlichkeiten versiegelt wurden ..."

Am 9. 12. 89 erfolgte die Waffenauslagerung in das VPKA Hagenow.

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BSU

000029

Ab 8. 12. 89 war der Mitarbeiterbestand des KAfNS Hagenow beurlaubt, und es wurden nur noch einzelne Kräfte zur vollständigen Auflösung in der Woche vom 11. - 15. 12. 89 für Aufräumungs- und Verladearbeiten herangezogen. Am 15. 12. 89 erfolgte die Übergabe der Objekte in Hagenow und Boizenburg an die örtlichen Räte.

In diesem Zeitraum kam es zu keinerlei demonstrativen Auseinandersetzungen zwischen den Mitarbeitern des ehemaligen KAfNS Hagenow und der Bürgerinitiative. Die Maßnahmen erfolgten im gemeinsamen Konsens.

Aufgefallen waren in dieser Phase vor allem die unrealistischen Vorstellungen der Kräfte der Bürgerinitiative in bezug auf Ausstattungsgrad der Büroräume - man hatte z. B. Überall Computer erwartet, aber nicht einen gefunden, einen Küchen- oder Kentrakt, bei lediglich einer Teeküche -, spezielle Vernehmungszimmer oder Haftzellen, die es nicht gab.

Diese Vorstellungen riefen bei vielen ehemaligen Mitarbeitern Unverständnis hervor, da sie selbst nie Anlaß zu solchen Annahmen gaben. Ähnlich verhielt es sich in Gesprächen, wo durch die Mitarbeiter global auf die Aufgabenstruktur der ehemaligen KD hingewiesen wurde, die Gesprächspartner jedoch nur das Wort Bespitzelung aufweisen konnten. Spätestens da war klar, daß das MfS in seiner Öffentlichkeitsarbeit versagt hatte und die eigentlich angestrebte Zusammenarbeit mit der Bevölkerung nie erreicht hat, lediglich als Ausnahme mit den inoffiziellen Mitarbeitern, als Teil der Bevölkerung.

Was zeigte sich in dieser Phase noch sehr deutlich?

Die von der Leitungsebene der KD/KAfNS eingeforderte Zustimmung zur Führung von Gesprächen mit Vertretern des NEUEN FORUMS, aber von der BV immer abgelehnt, hätte wesentlich zur Aufhellung von Arbeitsaufgaben des KAfNS geführt. Denn es war feststellbar im Prozeß der Auflösung, daß eine äußerst hohe Gesprächsbereitschaft

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BSIÜ  
000030

bei den Vertretern des NEUEN FORUMS (darunter auch Vertreter der Kirche) vorhanden war, Spannungen, Illusionen und Irritationen hätten abgebaut werden können, im Interesse eines sachlichen Miteinanders.

#### 5. Sicherheitspolitische Aspekte im Ergebnis der Auflösung der KD bzw. des KAfNS Hagenow im Territorium

Auch wenn in den vorangegangenen Ausführungen an den entsprechenden Stellen angemerkt wurde, wie wirksam bzw. unwirksam die Arbeit der ehemaligen KD/KAfNS in bezug auf die realen Ergebnisse und Veränderungen war, muß eingeschätzt werden, daß das mit der Auflösung entstandene Sicherheitsvakuum, speziell aus der vorbeugenden Sicht, nicht im Interesse eines souveränen Staates liegen kann.

Die anderen Schutz- und Sicherheitsorgane, bezogen auf das Territorium, sind das die Kräfte der DVP, der Zollorgane und der Grenztruppen, verfügen nicht über die entsprechenden Mittel und Methoden bzw. Erfahrungen beim Erkennen und Zurückdrängen subversiver äußerer Aktivitäten, bestimmter Erscheinungen der schweren Kriminalität sowie in der Aufdeckung neofaschistischer, extremistischer bzw. terroristischer Handlungen.

Im einzelnen können diese Organe entsprechend ihrer bisherigen kreislichen Strukturen und Aufgabenstellungen keine ausreichenden Arbeitsergebnisse erreichen in bezug auf vorbeugende schadensverhütende Aspekte bei

- der Gewährleistung eines hohen Standes an Ordnung und Sicherheit in der Volkswirtschaft (die Betriebsleiter sträubten sich bisher schon dagegen und stellten ökonomische Fragen vor Sicherheitsprobleme, beginnend beim einfachen Arbeitsschutz, jetzt fehlt ihnen ein zusätzlicher moralischer Druck);

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BSI U

000031

31

- der Sicherung des Geheimnisschutzes, wo das MfS eine Hauptverantwortung zur Durchsetzung der gesetzlichen Normative leistete, jetzt fehlt diesbezüglich der entsprechende Kontrollmechanismus;
- der Spionageabwehr, vorrangig im militärischen Bereich (gegenwärtig können die imperialistischen Geheimdienste auf dem Territorium der DDR ungehindert ihrer Arbeit nachgehen, ohne auch nur Gefahr zu laufen, entdeckt zu werden);
- der Besetzung mit Kadern in bestimmten Schlüsselpositionen - hier werden keinerlei Sicherheitserfordernisse geprüft;
- schwerer Kriminalität, vorrangig bei Gruppendelikten sowie des illegalen Waffen- und Sprengmittelbesitzes;
- der Verbreitung neofaschistischen und extremistischen Gedankengutes bzw. damit im Zusammenhang stehender Literatur oder Symbolverbreitung.

Dieses Sicherheitsvakuum besteht weiterhin. Gegenwärtig wurden derartige Erscheinungen öffentlich nicht bekannt, müssen jedoch allein aus der unmittelbaren Grenznähe zur BRD angenommen bzw. als bereits existent bewertet werden.

Daraus resultieren u. a. vielerlei Ängste von Eltern bezüglich ihrer Kinder im jugendlichen Alter, die relativ unkontrolliert in die BRD fahren können und den negativen Erscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft gerade in der gegenwärtigen Phase teilweise hilflos gegenüberstehen.

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BStU

000032

6. Erfahrungen der Mitarbeiter im gesellschaftlichen Eingliederungsprozeß

Mit der Auflösung des Kreisamtes für Nationale Sicherheit Hagenow bis zum 15. 12. 89 ergaben sich für die ehemaligen Mitarbeiter dieses Amtes unterschiedliche perspektivische Vorstellungen. Der überwiegende Teil bemühte sich um eine Arbeitsaufnahme in anderen gesellschaftlichen Bereichen des Territoriums. Einem geringeren Teil der Mitarbeiter, insgesamt 6 Angehörige, davon 2 Leitungskader, 3 mittlere Leitungskader und ein operativer Mitarbeiter, wurde noch zu diesem Zeitpunkt nahegelegt, sich keinen neuen Arbeitsplatz zu suchen, da eine spätere Eingliederung in das zu bildende Amt für Verfassungsschutz erfolgen soll.

Die ehemalige Kreisdienststelle Hagenow, einschließlich der Nebenstelle Boizenburg, hatte einen Mitarbeiterbestand von ca. 55 Angehörigen, davon waren bis zum 31. 1. 90 80 % offiziell aus dem Amt für Nationale Sicherheit ausgeschieden. Bis zum 25. 1. 90 hatten 4 ehemalige Mitarbeiter noch keine feste Zusage auf einen neuen Arbeitsplatz.

Die neuen Aufgabengebiete dislozierten sich folgendermaßen:

- Grenztruppen (Pflichtkontrolleure):	9
- Zoll	4
- Zivilbeschäftigte bewaffnete Organe:	7
- materielle Produktion:	9
- Handel und Versorgung, Gesundheitswesen, Berufsausbildung, Staatsapparat, Dienstleistungen:	15
- Hausmeister/Wächter:	6
- Berentung aus gesundheitlichen Gründen:	1

Das ehemalige KAfNS Hagenow war zu ca. 50 % mit Fach- bzw. Hochschulkadern besetzt. Davon fanden bis zum 25. 1. 90 insgesamt lediglich 3 ehemalige Angehörige einen Arbeitsplatz entsprechend ihrer Qualifikation.

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BSU

000033

33

Da der Kreis Hagenow insgesamt nur über begrenzte objektive Möglichkeiten für qualifizierte Arbeitsbereiche verfügt und in vielen Bereichen eine Verwaltungsreform angekündigt ist, mußten über 50 % des ehemaligen Mitarbeiterbestandes eine Tätigkeit aufnehmen, die unter ihrem Qualifizierungsstand liegt. Daraus ergeben sich erhebliche soziale Probleme in bezug auf die direkten Verdienstmöglichkeiten, letztendlich resultierend aus der Nichtgewährung von Überbrückungsgeldern. Vom ehemaligen Mitarbeiterbestand hatten 9 Kader eine Dienstzeit von 25 Jahren und mehr erreicht, jedoch noch keiner das 60. Lebensjahr.

Die Arbeitsaufnahme in den gesellschaftlichen Bereichen erfolgte überwiegend problemlos. Schwierigkeiten, resultierend aus der alleinigen Zugehörigkeit zum ehemaligen MfS, zeigten sich in 3 Fällen:

- Ein ehemaliger Referatsleiter wurde durch die Beschäftigten der staatlichen Versicherung abgelehnt;
- ein operativer Mitarbeiter wurde durch mehrere Beschäftigte eines Produktionsbetriebes abgelehnt, in dem er vor der Einstellung in das MfS bereits als Ingenieur gearbeitet hatte;
- eine Sekretärin erhielt mehrere Absagen.

Durch die in den Bereichen der unmittelbaren materiellen Produktion bzw. sonstiger ziviler Bereiche tätigen ehemaligen Angehörigen des KAfNS/ Hagenow wird allgemein eingeschätzt, daß ihre Kollektiveingliederung relativ reibungslos erfolgte, sie jedoch in den wenigsten Fällen mit dem gegenwärtigen Aufgabengebiet bzw. Verdienstmöglichkeiten zufrieden sind. Ihrer Meinung nach stellen die derzeitigen Arbeitsplätze lediglich einen Ausgangspunkt für perspektivische Möglichkeiten dar. Direkte Möglichkeiten oder Voraussetzungen für umgehende Umschulungsmaßnahmen sind bisher kaum vorhanden.

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BSIÜ

000034

Von den genannten 6 ehemaligen Kadern, denen eine Perspektive im zu bildenden Amt für Verfassungsschutz offeriert wurde, hatten sich 5 bis zum 13. 1. 1990 noch nicht ernsthaft um eine Arbeitsaufnahme in anderen Bereichen bemüht. Dieser Zeitabschnitt, von Anfang Dezember bis 13. 1. 90, stellte erhebliche psychische Anforderungen an diese Kader und ihre Familien. Getragen durch Ungewissheit, verbunden mit dem Bewußtsein, ein sozialistischer Staat brauche auch in der Perspektive spezielle Sicherheitsorgane in neuer Qualität, aber mit entsprechend qualifizierten und befähigten Kräften, kam es zu ernsthaften Konfliktsituationen in den Familien. Diese konnten bis zum 25. 1. 90, nicht zuletzt mit der Entscheidung der endgültigen Auflösung des AfNS und keiner Neubildung von geheimdienstlichen Einrichtungen bis zum 6. 5. 90, weitestgehend abgebaut werden. Aus der längeren Unwissenheit war endlich Klarheit geworden.

Aus mehreren Gesprächen mit den ehemaligen Angehörigen des KAfNS Hagenow wurde deutlich, daß unter der Bevölkerung vielfältig die Frage gestellt wird, wer gewährleistet jetzt die Sicherheit, die vom ehemaligen MfS ausging, denn alles daran war doch nicht schlecht? Es zeigen sich Sorgen und Nöte in bezug auf Neonazismus, Extremismus, Gewalt, Drogensucht und sonstige Moralverfallserscheinungen.

Bis zum 15. 1. 90 war kein ehemaliger Angehöriger des KAfNS Hagenow aus der SED-PDS ausgetreten. In Gesprächen zeigten sich jedoch begründete Zweifel an einer weiteren Mitgliedschaft, wobei solche Argumente eine entscheidende Rolle spielten, wie Mißbrauch der ehrlichen Mitarbeiter des MfS für eine falsche Sicherheitspolitik durch die ehemalige SED-Führung, Angstgefühle bei zu erwartenden ideologischen Konfrontationen mit den Werktätigen bzw. des Schutzes der eigenen Gesundheit und des Lebens.

Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"

BSU

000035

35

7. Schlußfolgerungen für eine neue Sicherheitspolitik

Auf die Notwendigkeit eines Nachrichtendienstes mit Aufklärungsaufgaben möchte ich nicht weiter eingehen, halte einen solchen jedoch für erforderlich, wobei sich die Strukturen auf eine Zentrale beschränken könnten und sich nicht wie bisher über die Bezirke, bis hinein in die Kreise erstrecken.

Aus abwehrmäßiger Sicht hat sich eindeutig gezeigt, daß der bisher übermäßig aufgeblähte Apparat keine Existenzberechtigung hat und eigenständige Zweige eines eventuellen Amtes für Verfassungsschutz auf der Kreisebene nicht erforderlich sind.

Dennoch sind die Aufgabenstellungen der bisherigen Kreisämter für Nationale Sicherheit nicht hinfällig (siehe Ausführungen unter Punkt 5, Sicherheitsvakuum) und sollten in modifizierter Form durch die anderen Schutz- und Sicherheitsorgane übernommen werden. Das beziehe ich auf:

- Die Volkspolizeikreisämter, in denen Arbeitsgruppen bzw. Abteilungen gebildet werden müssen, die sich der Vielfalt der vorbeugenden Verhinderung von Straftaten der schweren Kriminalität annehmen, Erscheinungen des Neofaschismus und Extremismus aufklären und deren Wirkungen kontrollieren und verhindern. Diese speziellen Arbeitsrichtungen in der Polizei, als perspektivisch zivile Einrichtung, müssen dazu teilweise mit konspirativen Mitteln und Methoden arbeiten, da sich erweisen müssen derartige Straftaten, Handlungen bzw. Erscheinungen mit offiziellen Methoden gerade in der Phase der Vorbereitung nicht bearbeiten lassen.
- Die Zollverwaltung müßte ihr operatives Fahndungssystem erweitern, um die Bevölkerung sicherer vor der illegalen Ausfuhr von vom Staat unter Schutz gestellter Gegenstände sowie von Waffen, Suchtmitteln und verbotener Druckerzeugnisse bzw.

**Diplomarbeit: "Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle Hagenow"**

BSI

3600036

Symbole neofaschistischen Gedankengutes zu schützen.

- In den Betrieben und Einrichtungen mit ökonomisch bedeutsamen Kennziffern, Forschungs- und Entwicklungsstrukturen sind Sicherheitsbeauftragte mit neu festzulegenden Aufgabenstellungen unbedingt erforderlich. Gerade aus den letzten Jahren wurde die Bedeutung der Ökonomie offenbarer denn je, und wenn es der DDR nicht gelingt, sich vor dem ganzen Erscheinungsfeld des kapitalistischen Konkurrenzkampfes zu schützen bzw. dem standzuhalten, bleibt sie ein Billiglohnland mit niedriger Arbeitsproduktivität.

Die Spionageabwehr sollte auf die Bezirks- bzw. Länderstrukturen bezogen werden, da auf dieser Ebene günstige Koordinierungsmöglichkeiten bestehen, die über die Erfordernisse der Kreise hinaus gehen.

Bei der Neuorganisierung der Abwehrarbeit sollte neben diesen neuen Strukturen ein einheitlich zu führendes Datensystem auf elektronischer Basis entsprechend dem Rastersystem geschaffen werden, wobei die Kriterien dafür gesetzlich festzulegen sind und entsprechend spezieller Kompetenzen kontrollfähig sein müssen.